



Nummer 11 des 52. Jahrgangs am 28. Mai 2025

Also wie machen wir das jetzt? Wegen der Dänen sollen wir länger hackeln und wegen der Russen soll der Wehrdienst auch verlängert werden. Ich seh schon kommen: Barabern bis 65 und wer dann noch tauglich ist, darf 5 Jahre Wehrdienst machen. Dann geht sich das aus mit der Pension bis 70... *M.Cz.*

# Die Unpolitischen

## Nationenwettstreite sind immer ein Krampf!

**Z**ugegeben, mir ist der ESC als solcher eher wurscht. Der Song, vom gleichnamigen Sänger mit dem Künstlernamen Conchita war der letzte Beitrag zum Eurovisionscontest, den ich mir komplett angehört habe. Und das auch nur im Nachhinein, damit ich besser spotten kann. Ich denke bei dem Kürzel immer an die Escape-Taste links oben auf der Tastatur. Zwar entkommt man der Veranstaltung trotzdem nicht völlig, aber anschauen muß ich mir es ja nicht und als Hochfest der früher schwulen, heute queeren Community hat das Ganze sicher seine Berechtigung — ich gehe ja auch nicht in die Staatsoper. Da wie dort produziert die Musikindustrie Töne, zu denen ich weder tanzen kann noch mitsingen. Daß das Ganze eine ziemlich verlogene Kommerzveranstaltung ist, haben doch schon die Schmetterlinge 1977 mit ihrem Auftritt klar gemacht. Und mir ist das so richtig bewußtgeworden, als ein deutsches Blondlößchen mit Gitarre 1982 für "Ein bißchen Frieden" trällerte — manipulativer gehts nimmer!

Aber der ESC ist halt ein völlig unpolitisches Gesangsfest, oder? Wird zumindest immer betont. Die Texte sollen sich doch alle am Besten nur um Liebe drehen oder zumindest ums Feiern. Angeblich werden ja politische Inhalte disqualifiziert und diesbezügliche

Aussagen der Auftretenden sind verpönt. Beurteilt sollen die Lieder auch nur nach deren Qualität werden, nicht nach den Hintergründen oder gar der Nationalität. Auch diesbezüglich ist die Verlogenheit mit Händen greifbar, denn das Politische ist nur dann politisch, wenn es den Veranstaltern nicht in den Kram paßt. Und das ist mir dann nimmer wurscht.

Die Europäische Rundfunkunion als Veranstalter ist genauso wenig wie die EU eine glückliche gesamteuropäische Familie, wo alle ihren Platz haben. Wie diese oder der Europarat war die EBU eine westeuropäische Gründung im Kalten Krieg. Also was für die guten Europäer und nicht für die bösen! Viel hat sich da nicht geändert seither — nur, daß halt der Westen heute einen Großteil Osteuropas eingemeindet hat. Und genauso wie beim Europarat oder der UEFA hat man die immer noch oder schon wieder Bösen rausgeschmissen. Und deswegen war es auch 2016 kein Problem, daß das ukrainische Siegerlied mit einer eindeutigen politischen Anspielung auf die Krim-Annexion daherkam, genausowenig, wie daß die ursprünglich geplant gewesene Kandidatin von der ukrainischen Sendeanstalt aus politischen Gründen zurückgezogen worden war. Daß die Ukraine ausgerechnet 2022 wieder gewonnen hat, hat wohl auch nichts mit Politik zu tun. Die Strategie der Promotoren der israelischen Sängerin heuer,

sie als Überlebende des 7. Oktober zu vermarkten und so zum Publikumssieg zu bringen, war ja ebenfalls nicht berechnend und natürlich völlig unpolitisch. Aber wenn dann der Gesamtsieger JJ meint, wenn man Rußland nicht antreten lasse, dann bitte auch nicht Israel, ist das dann plötzlich doch ein garstig politisches Lied.

Der zentrale Punkt ist: Es ist ein Nationenwettstreit. Jeder Auftritt ist der für die wichtigste Rundfunkstation eines Staates und damit für den Staat selbst. Auch das ist wie bei der UEFA, wo ebenso Israel drin ist und Rußland draußen. Der Kommerz ist derselbe und die inszenierte Emotion bei den Zuschauern auch. Nur daß es im Fußball, um zu gewinnen, nicht darauf ankommt, ob dem Publikum ein Staat sympathisch ist — da wird nicht gevotet, sondern da muß das Runde ins Eckige. Das ist das Perfide: Das Publikum kann nicht nur anfeuern wie bei einem Match, es kann wirklich mitkämpfen — in Zeiten einer neuen Blockbildung auf der Welt kann man sich als Patriot aussuchen, welchen symbolischen Bündnispartner man unterstützen möchte und natürlich gegen welchen Feind. Aber da ja alles nur ein harmloses Vergnügen sein soll, kann man so tun, als wäre das kein Problem. Nur wenn jemand, dem man zuhört, wie zum Beispiel ein ESC-Sieger, die politische Tangente der Veranstaltung andeutet, ist Feuer am Dach. Weil man ist ja unpolitisch.

*Bernhard Redl*

P o l i z e i / M e d i e n :

# Die Gefahr ist nicht dieselbe

**Der Verfassungsschutzbericht 2024 wurde veröffentlicht. Das zuständige Innenministerium ortet die größte Bedrohung im islamistischen Extremismus. Viele Medien und die FPÖ konzentrieren sich auf den Linksextremismus, der vermeintlich "explodiert". Ein Kommentar von LISA WOHLGENANNT auf MOMENT.at**

**1.486** rechtsextremistische, fremdenfeindliche beziehungsweise rassistische, islamfeindliche, antisemitische oder andere Tathandlungen sind 2024 bei den Sicherheitsbehörden bekannt geworden. Das sind 23 Prozent mehr als noch 2023. Es kam im Zuge dessen zu 2.346 Anzeigen.

Die meisten davon sind: 358 Sachbeschädigungen, 28 schwere Sachbeschädigungen, 156 Fälle der Verhetzung, 54 gefährliche Drohungen, 46 Verstöße gegen das Waffengesetz, 36-mal Körperverletzung und 16-mal schwere Körperverletzung zählen unter anderem zu diesen Tathandlungen.

Zum Vergleich: Im Bereich "Islamistischer Extremismus und Terrorismus" wurden 215 Tathandlungen bekannt. Das ist ein Fünftel der rechtsextremen Tathandlungen – aber der Anstieg ist größer (41,5 Prozent). Angezeigt wurden 388 Delikte.

Die meisten Anzeigen gab es wegen terroristischer Vereinigung (117), Verstöße gegen das Anti-Gesichtsverhüllungsgesetz (68),

krimineller Organisation (66), gefährlicher Drohung (20) und Sachbeschädigung (18).

Ähnlich viele Tathandlungen gab es mit erwiesenem oder vermutetem linksextremem Motiv, nämlich 214. Noch 2023 waren es mit 97 Tathandlungen nur halb so viele. Daher kommt der vermeintlich "explosive" Anstieg der linksextremen Tathandlungen.

Im Zuge derer gab es 297 Anzeigen. 220 davon wegen Sachbeschädigung, 15 wegen schwerer Sachbeschädigung und 11 wegen schwerer Körperverletzung.

Im Zuge des Klimaaktivismus kam es zu 46 Verstößen gegen das Versammlungsgesetz, 31 Verstöße gegen das Sicherheitspolizeigesetz, 20 gegen die Straßenverkehrsordnung und 17 Fälle der Sachbeschädigung.

Der Linksextremismus ist also nicht "explodiert". Im Gegenteil: Ein Teil des Anstiegs kann sogar ganz einfach erklärt werden. Klimaaktivismus beziehungsweise "Klimaextremismus" wurde nämlich kriminalisiert, neu als Form des Extremismus in den Bericht aufgenommen und dem Linksextremismus zugeordnet.

Ja, Klimaaktivist:innen haben zivilen Ungehorsam mit unangemeldeten Störaktionen wie Straßenblockaden gewählt. Ja, das verstößt gegen das Gesetz. Es ist jedoch nicht gleichzusetzen mit schweren Gewalttaten und der Gewaltbereitschaft, die von rechtsextremen Gruppen ausgeht.

Leben, Unversehrtheit und Freiheit aller Menschen soll respektiert werden und darf auf keinen Fall angegriffen werden – egal, welche politische Ideologie dahinter liegt. Sowohl die Zahlen als auch die Schwere der Delikte zeigt aber ganz klar, dass von Rechtsextremist:innen die größere Gefahr ausgeht, dass genau diese Dinge und die Demokratie verletzt werden.

Anfang 2025 berichtet die Kleine Zeitung über einen Waffenfund in Zusammenhang mit rechtsex-

tremen NS-Devotionalien. Erst vor wenigen Monaten lasen wir in allen Medien von brutalen Überfällen Rechtsextremer auf Homosexuelle. Regelmäßig stoßen Ermittler:innen auf Waffenlager. In Christchurch, Hanau, Utøya, München wurden Menschen von Rechtsextremen getötet. In Telegram-Gruppen und anderen Kommunikationskanälen teilen teilweise Minderjährige Videos davon, verherrlichen die Taten und solidarisieren sich mit den Attentätern.

Sitzblockaden, um Klimapolitik einzufordern, sind definitiv nicht dasselbe. Wer so tut, der verharmlost echten Terror, der Menschenleben kostet.

*(Stark gekürzt, Nutzungsrechte bitte beim Link nachschauen, finde ich gerade nicht)*

<https://www.moment.at/story/verfassungsschutzbericht-2024-groesste-gefahr-rechtsextremismus/> oder <https://aqin.at/25213>

## Menschenrechte kreativ

**Acht Regierungschefs haben einen Brief an irgendwen geschrieben und stellen Fragen in den Raum, ob man nicht vielleicht doch an der EMRK ein bisserl drehen könnte.**

**E**s ist ein seltsames Dokument, daß da der europäischen Presse übermittelt worden ist. Ein Brief ohne Adressat, unterzeichnet von "Leadern von Gesellschaften, die die Menschenrechte schützen" — die einfach nur Regierungschefs von EU-Staaten sind. Und zwar von Dänemark, Italien, Österreich, Belgien, Tschechien, Estland, Lettland, Litauen und Polen. "Neun EU-Länder fordern leichtere Abschiebung

straffälliger Ausländer" titelte dazu die "Presse". Es ginge dabei darum, "die Europäische Menschenrechtskonvention neu zu interpretieren".

Moment, kennen wir das nicht von wo? Das war doch das, was einstens Herbert Kickl als Innenminister wollte. Da waren doch alle sehr empört. Aber jetzt ist das wohl nimmer so. Jetzt steht auch die Unterschrift vom Herrn Stocke da. Und weder Herr Babler noch Frau Meini-Reisinger scheinen damit ein Problem zu haben.

Auffällig auch: Der Name Viktor Orban steht nicht unter dem Schrieb, obwohl er doch wohl ganz in dessen Sinne wäre. Aber wahrscheinlich haben die honorigen Damen und Herren nicht um seine Unterzeichnung gebeten, weil es dann für sie peinlich gewesen wäre. Denn sie wissen ganz genau, daß ihre Ideen sehr bedenklich sind, wenn sie schreiben: "Wir wissen, dass dies eine sensible Diskussion ist. Obwohl es unser Ziel ist, unsere Demokratien zu schützen, werden wir wahrscheinlich des Gegenteils bezichtigt werden." Doch: "Bei aller Bescheidenheit glauben wir, dass unseren Ansatz die Mehrheit der europäischen Bürger teilt. Wir wollen unser demokratisches Mandat nutzen, um eine neue und offene Diskussion über die Auslegung der Europäischen Menschenrechtskonvention anzustoßen. Wir müssen das richtige Gleichgewicht wiederherstellen. Und unsere Länder werden zusammenarbeiten, um dieses Ziel zu erreichen."

Sprich: 'Wir wollen gar nicht die EMRK ändern, aber wenn der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte so weitermacht, werden wir ihn ignorieren.'

Und man sieht sich auch schon recht fortgeschritten auf diesem Weg: "Glücklicherweise bewegen wir uns in einigen Bereichen in die richtige Richtung. Viele europäische Länder haben beschlossen, ihre nationale Politik zur irregulären Migration zu verschärfen. ...

Als führende Politiker sind wir jedoch auch der Ansicht, dass wir die Entwicklung der Auslegung der Europäischen Menschenrechtskonvention durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte prüfen müssen. Hat der Gerichtshof den Geltungsbereich der Konvention in einigen Fällen im Vergleich zu ihren ursprünglichen Absichten zu weit ausgedehnt und damit das Gleichgewicht der zu schützenden Interessen verschoben?"

Nicht, daß man wirklich was fordern wollte vom EGMR, das käme irgendwie nicht so gut bei einem Gerichtshof. Aber kritisch fragen wird man ja wohl noch dürfen, oder?

### Wächst zusammen...

Dieser Brief wurde verfaßt, so steht zu lesen, "auf Initiative Dänemarks und Italiens". Also eigentlich nicht wirklich von den Staaten, sondern im Alleingang von der Sozialdemokratin Mette Frederiksen und der EU-kompatiblen Postfaschistin Giorgia Meloni. "Wir gehören unterschiedlichen politischen Familien an und kommen aus unterschiedlichen politischen Traditionen", liest man da. Das wirkt so ideologieübergreifend und ist nicht zuletzt wohl eine Andeutung an die Wählerschaft, daß diese nicht noch weiter rechts stehende Parteien wählen sollen — weil man ja das Problem erkannt habe und diese Parteien ja auch nichts anderes machen könnten, solange der EGMR so heikel ist.

Daß das diese drei Seiten zum einen mit schlecht versteckten Drohungen, zum anderen aber um Verständnis werbenden Formulierungen gespickt sind, ist doch recht verwunderlich. Auch das nicht konkret angesprochen wird, woran man sich stößt, fällt auf. Es geht wohl hauptsächlich um die härteste Bestimmung überhaupt in der EMRK, den Artikel 3: "Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden." Im Gegensatz zu

allen anderen Schutzrechten in dieser völkerrechtlichen Norm kennt diese keinerlei Ausnahmen, Spezialklauseln oder ähnliches, das eine Relativierung möglich macht. Da ist also nichts mit "Gleichgewicht der zu schützenden Interessen", das gilt absolut. Genau darauf aber beruht das sog. Non-Refoulement-Prinzip, also daß man niemanden in ein Land abschieben darf, wenn die berechnete Annahme besteht, daß Folter oder unmenschliche Behandlung drohen. Daß die Regierungschefitäten das nicht so deutlich sagen wollen, ist verständlich.

### Falsche Institution

Natürlich schwingt in diesem Brief auch die seltsame Art der Gesetzgebung in der EU über den Rat mit, die diese Regierungschef ja mitbestimmen — nur leider ist der EGMR keine Institution der EU, sondern des Europarats. Die Unterzeichnenden sind eben auch Leute, die generell der Meinung sind, daß sie als Exekutive — national wie auf EU-Ebene — sowohl der nominellen Legislative als auch der Judikative Vorschriften machen können. Und daß EU-Regierungen zu bestimmen haben, was im sehr viel größeren Europarat gilt. Ganz offensichtlich soll da Druck ausgeübt werden auf die anderen 38 dort vertretenen Regierungen. Denn eine offizielle Änderung der EMRK wäre wohl erstens ohne Gesichtsverlust schwer zu verkaufen und zweitens nicht so ohne weiteres möglich — denn da bräuchte man nicht nur die parlamentarische Versammlung des Europarats sondern auch in allen nationalen Parlamenten eine Mehrheit zur Ratifikation, in den meisten Ländern sogar ein Zweidrittel-Votum. Aber es gibt einen anderen Hebel: Jeder Mitgliedsstaat entsendet einen Richter in den EGMR. Damit wäre dann vielleicht so eine neue Auslegung der EMRK möglich.

Nur das mit dem Applaus von der falschen Seite müssen Meloni,

Frederiksen, Stocker und Co. irgendwie noch hinbekommen. "Die Europäische Menschenrechtskonvention steht einer Migrationswende immer öfter im Weg. Italien und Dänemark streben endlich eine Änderung an. Diese wichtige Initiative muss Deutschland unbedingt unterstützen!" Schreibt Alice Weidel von der AfD. Da werden jetzt einige andere Regierungschefs den Brief jetzt wohl nicht mehr so einfach unterschreiben können.

*Bernhard Redl*

Nachzulesen ist der Brief unter:

[https://www.governo.it/sites/governo.it/files/Lettera\\_aperta\\_22052025.pdf](https://www.governo.it/sites/governo.it/files/Lettera_aperta_22052025.pdf)  
oder <https://aqjn.at/2511>

# Facebook, KI und der Staat

**S**eit gestern nutzt also der Meta-Konzern (Facebook) Nutzerdaten um seine hauseigene KI zu trainieren. Es sei denn, man hat dem widersprochen. Ob die sie sich an sowas halten werden, bleibt nicht abzuwarten, weil man das sowieso nicht überprüfen können.

Dafür geistern jetzt wieder diese seltsamen Postings durch Facebook, wo Leute glauben, sie könnten die Nutzung ihrer Daten durch Meta blockieren, in dem sie ein kettenbriefartiges Posting absetzen.

Da steht dann auch drinnen, Facebook berechne ab sofort automatisch eine Gebühr — geht nur halt nicht so einfach, wie denn auch, dazu bräuchten die zuerst

einmal einen Einziehungsauftrag, eine Kreditkartennummer oder sowas. (Generell gilt, man sollte elektronischen Geräten und speziell bestimmten Sites sowenig Kontoinformationen wie nur irgend möglich geben — wenn Internetbanking sein muß, kann man sich auf dieses beschränken oder Kreditkartennummern nur bei eindeutig seriösen Sites angeben.) Und: Der Schmäh, irgendwelche Postings abzusetzen, um Facebook an etwas zu hindern, ist fast so alt ist wie Facebook selbst. Da könnte man fast auf die Idee kommen, das habe Zuckerberg selbst erfunden, um von seinen echten seltsamen Geschäfte mit den Daten anderer Leute zu verschleiern.

Bildrechte sind da so eine Sache — in den allgemeinen Bestimmungen der meisten SocialMedia-Konzerne beanspruchen diese Firmen ein uneingeschränktes Nutzungsrecht. Inwiefern in einem Streitfall etwas anderes von Gerichten entschieden wird, ist beinahe unerheblich, weil diese Firmen aus Einzelfällen keine Konsequenzen ziehen und Judikatur oder Gesetzgebung gerne ignorieren. Weil sie es können!

Jetzt taucht die Thematik eben wieder auf, weil sich Meta das Recht nimmt, seine firmeneigene KI mit diesen Daten — deren Nutzungsrechte, siehe oben, es eh schon für sich in Anspruch nimmt — zu trainieren. Aber: Welche Auswirkungen diese Datennutzung auf die KI haben wird, ist völlig unabsehbar — und daher abzulehnen. Allerdings weniger individuell, sondern politisch. Das individuelle Abschalten bewirkt nichts, solange es nicht einen KOMPLETTEN massenhaften Exodus aus den betreffenden Netzen gibt. Und selbst das hätte nur einen Sinn für die Zukunft, da die Daten, die diese Konzerne schon gesammelt haben, zwar nicht bei denen verschwinden, aber veralten.

Politisch hingegen passiert diesbezüglich genau nix gegen die

BigTech-Konzerne. Man hört zwar ständig, daß Regierungen in den Bereich von SocialMedia eingreifen wollen — sei es die Daten selbst nutzen zu dürfen (wegen Terrorverdachts und Vorfeldermittlung) und entsprechende Schnittstellen zu verlangen oder die Konzerne dazu zu bringen, politisch unerwünschte Inhalte zu entfernen — siehe Debatten um "Russensbots" oder "Hassprediger". Dabei geht es aber immer nur darum, an der Macht dieser SocialMedia-Firmen zu partizipieren, nicht darum, deren vor allem ökonomischen Macht einzuschränken.

Das eigentliche Problem an der Kombi von Facebook und Co. mit der KI ist: Wissen ist Macht und das Wissen, wie man Information und damit die Konsumenten möglichst effektiv manipuliert, erst recht. Die Entwicklung in der KI ist derart rasant, daß wir demnächst mit allem Möglichen konfrontiert werden. Wenn es gut geht, verkauft man uns nur effizienter Waschmittel und Elektronikgadgets. Wahrscheinlicher ist aber, daß generell Propaganda perfektioniert wird — was natürlich wiederum wirklich Mächtige nutzen werden. Ja, da sollten wir nicht nur an böse ferne Regierungen denken, sondern vor allem an unsere eigenen.

Aber auch das weniger Perfekte ist gefährlich, denn daß jetzt noch ständig irgendwelche Geschichten auftauchen, wo die KI kompletten Unsinn erzählt, sollte uns drei Dinge zu bedenken geben: Erstens die KI nicht für die allwissende Müllhalde zu halten, ihr also nicht vertrauen. Das sollte man sowieso nicht, weil es da ja doch menschliche Eingriffe gibt, die bestimmte Informationen entweder fördert oder unterdrückt. Zweitens verwenden bereits manche Polizeien KI für eine erweiterte Form von Rasterfahndung — blöd, wenn man eingesperrt wird, weil der Blechtrottel einen schlechten Tag hat. Ist ein bisschen so wie in Phillip K. Dicks "Minority Report". Und drittens könnte man

an Hand dieser offensichtlichen Blödsinnsauskünfte die Möglichkeiten unterschätzen, die die KI denen bietet, die sie kontrollieren. Und das wäre nicht sehr intelligent.

Wir werden damit leben müssen. Und auch in diesem Fall gilt die Zeile aus der "Internationale": "Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun!" Wir müssen selber noch mehr Skepsis an den Tag legen: Was war schnell noch die Aufklärung? "Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!" Der immer vorausblickende Immanuel Kant muß die KI wohl schon vor mehr als zwei Jahrhunderten geahnt haben.

*Mario Czerny*

## Wenig Neutralität im Regierungsprogramm

Aus "Solidarität unsere Chance", Mai 2025

**D**ie USA rüsten weiter und weiter für noch mehr Kriege. Schon jetzt macht das US-Kriegsbudget rund 1.000 Milliarden Euro, das der restlichen NATO-Staaten (Kanada und Europa) rund 500 Milliarden Euro aus. Russland stockte sein Militärbudget auf rund 100 Milliarden Euro auf. Die EU und "die Europäer" haben schon seit der Ukrainekrieg- "Zeitenwende" aufgerüstet wie nie zuvor und nützen jetzt die Trump- "Zeitenwende" zu "Re Arm Europe/Readiness 2030" und wollen 500 bis 700 Milliarden,

in den nächsten 10 Jahren sogar bis 3.000 Milliarden Euro für Aufrüstung ausgeben.

### Wo steht Österreich, was macht Österreich?

Bundeskanzler Stocker beteuert, die Neutralität stehe nicht zur Diskussion, aber nur weil er bedauert, dass er im Parlament derzeit keine Zweidrittelmehrheit dafür zustande bringt. D.h. bei der erstbesten Gelegenheit würde er die Neutralität sehr wohl über Bord schmeißen und die 80 bis 90%ige Mehrheit in der Bevölkerung für die immerwährende Neutralität ignorieren. Die neue Außenministerin, Meinhart Reisinger von den NEOS, bekannt als vehemente Gegnerin der Neutralität, will die Eingliederung Österreichs in die Aufrüstung und Kriegsvorbereitung von EU/NATO/ Deutschland vorantreiben. Die Neutralität, so Meinhart Reisinger, stehe in der Verfassung, aber genauso die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) bzw. Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU (Ö1, Journal zu Gast, 8.3.2025, Krone, 9.3.2025).

Genau! Über den Hebel GSPV/GASP will die Regierung die Neutralität aushebeln und letztendlich aufheben. Schauen wir ins neue Regierungsprogramm. Dort kommt die Neutralität nur sechsmal, GSVP hingegen neunmal vor. ([https://www.dievolkspartei.at/Download/Regierungsprogramm\\_2025.pdf](https://www.dievolkspartei.at/Download/Regierungsprogramm_2025.pdf)) Dabei wird im Regierungsprogramm ausdrücklich festgehalten, dass die GSVP dazu dient, dass sich Österreich an einer "Schnellen Eingreiftruppe" der EU im Rahmen von Lissabonner Vertrag und dem Strategischen Kompass der EU sowie an "der kommenden Entwicklung der Europäischen Verteidigungsunion (EVU)" beteiligt (Seite 84).

Zudem wird im Regierungsprogramm (Seite 122) betont, sich "für die Einleitung einer (EU-)Vertragsreform auf Basis der Ergebnisse der (EU-)Zukunftskonferenz

stark machen" zu wollen. Diese "EU-Zukunftskonferenz" vom Mai 2022 sieht vor, dass die EU im Rahmen von GASP und GSVP gemeinsame EU-Streitkräfte (auch für außereuropäische Einsätze) im Zusammenspiel mit der NATO schafft, die auch die EU-Beistandspflicht (Art. 42 Absatz 7 d. EU) erfüllen können. Um dieses Ziel leichter zu erreichen, soll das Einstimmigkeitsprinzip durch eine qualifizierte Mehrheit bei EU-Entscheidungen ersetzt werden (<https://www.bmeia.gv.at/themen/europapolitik/eu-zukunftskonferenz>) (Siehe ab Seite 65, bzw. Seite 70, 72, 90). Das heißt, die großen Länder könnten dann über die kleinen Länder drüberfahren, sie überstimmen.

Dazu passt, dass der künftige deutsche Kanzler Merz im Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, Grüne mit der noch alten Parlamentszusammensetzung mit Zweidrittelmehrheit die Schuldenbremse im deutschen Grundgesetz für die 1.000 Milliarden Euro schwere direkte und indirekte Kriegsausrüstung aufgehoben hat. Merz erklärt den Zweck der Aufrüstung, dass die "eigene deutsche Wehrhaftigkeit" auch der "erste große Schritt zu einer neuen europäischen Verteidigungsgemeinschaft" sei, "eine Allianz, die auch ohne die USA oder vielleicht auch ohne die NATO auskommen könnte" (zit. nach Kurier, 19.3.2025).

### Da schließt sich der unheilvolle Kreis zum österreichischen Regierungsprogramm, ...

"... dass sich Österreich ebenfalls an die "europäische Verteidigung", also frei nach Merz, an Deutschland anschließen will. Ungeheuerlich, betrachtet man die Geschichte, was solche "Anschlüsse" in der Vergangenheit für Verderben über Österreich brachten. Unterwürfig jubelt bei uns dazu der Leitartikel der gleichen Kurier-Ausgabe stellvertretend für Wirtschaft und Militär,

dass "Merz damit Deutschland wieder einen Platz auf der Weltbühne verschafft" habe, "was auch eine Erleichterung für ganz Europa – und auch für Österreich" wäre (Kurier, 19.3.2025).

Schon bisher soll die Neutralität durch die aktive Kriegsbeteiligungspolitik Österreichs, z.B. an Sky Shield (Deutschlands EU/NATO-(Langstrecken)Raketenprojekt), weiter ausverkauft werden. Doch Mitmachen bei Sky Shield (= Anschaffung und Stationierung von Mittel- und Langstreckenraketen in Österreich) schützt Österreich nicht. Im Gegenteil: Das macht unser Land erst zum Angriffsziel.

Zur Verteidigung der Neutralität, des österreichischen Territoriums und Luftraums, braucht es kein EU/NATO/ Deutschland-Sky Shield. Drohnen und unerlaubte Überflüge können und brauchen nicht mit Mittel- und Langstreckenraketen abgewehrt werden. Sky Shield ist also für etwas anderes gedacht: zum Hineinziehen Österreichs in die EU-NATO-Deutschland-Kriegs- und Aufmarschpläne gegen Osten, v.a. gegen Russland.

Die Begründung der Teilnahme Österreichs an Sky Shields als "Einkaufsgemeinschaft", die die Beschaffung billiger mache, ist reine Ablenkungs-Propaganda. Der angeblich "billigere Einkauf" von etwas, das wir gar nicht benötigen, entpuppt sich als teures Abenteuer, das in Zukunft vielen, v.a. jungen Menschen, das Leben kosten kann. Schon wird die Verlängerung des Grundwehrdienstes und die Wehrpflicht der Frauen diskutiert. Billiger wäre es ohne Sky Shield, was alleine 7 Milliarden Euro kostet.

Man redet von Neutralität und Sicherheit, höhlt aber gleichzeitig die Neutralität höchst gefährlich weiter aus. Ziel ist letztlich die Abschaffung, um Österreich vollends der EU/NATO und vor allem Deutschland unterzuordnen. Die neue Außenministerin will in ihrem Amt dafür laut Eigenaussage

Stimmung machen (siehe: Ö1, Journal zu Gast, 8.3.2025, Krone, 9.3.2025).

### Ein General...

Österreichs ranghöchster Offizier General Rudolf Striedinger, der ebenfalls für den Ankauf von Sky-Shield ist, spricht davon, dass Österreich die "Chance" hat, sowohl der EU als auch der NATO bei Aufrüstung und Krieg gegen Russland beistehen zu können. Das ist ungeheuerlich, brandgefährlich und politischer und militärischer Landesverrat eines auf die Verfassung Österreichs mit dem Verfassungsgesetz der immerwährenden Neutralität Österreichs angelobten und aus unseren Steuergeldern finanzierten obersten Militär. Der Herr General sagte u.a.: Es ist "unsere Zielsetzung, dass wir in Europa erstens ein verlässlicher Partner, zweitens eine Zone sind, die mitten in Europa liegt, aber trotzdem gut geschützt ist. Damit können sich Nachbarländer darauf verlassen, dass Österreich nicht für irgendwelche ausländischen militärischen Maßnahmen genützt werden kann ..., weil wir nicht ein militärisches Vakuum mitten in Europa sein dürfen". Natürlich soll Österreich kein militärisches Vakuum sein, soll und darf sich aber als immerwährend neutraler Staat nicht zum Aufmarschgebiet der einen oder der anderen Seite machen. Doch Österreich ist seit vielen Jahren sowohl Durchmarschgebiet für NATO-Truppen sowohl aus europäischen NATO-Staaten als auch aus den USA als auch Überfluggebiet für NATO-Flüge.

Doch der Herr General Striedinger will ausdrücklich mehr! Denn auf die Kurier-Frage was denn mit unserer Neutralität sei, wenn z.B. der EU-Rat beschließt, dass sich EU-Mitgliedsstaaten an einer militärischen Aktion beteiligen, antwortet Striedinger freizügig: "Das heißt, wir sind dann in diesem konkreten Fall nicht mehr neutral. Diese Regel ist insofern ganz wichtig, weil wir ja auf der

einen Seite mitten in Europa liegen und viele Transversalen durch Österreich gehen. Wir können auf diese Weise einen wertvollen Beitrag für die notwendige militärische Mobilität sicherstellen, etwa in einer Auseinandersetzung mit Russland beispielsweise für die NATO. Auf der anderen Seite sind wir aber nach wie vor ein neutrales Land ..." (Interview im Kurier, 26. 10. 2024, Seite 6)

Dass auch die Gewerkschaft des neutralen Österreich "ReArm Europe", begrüßt, also bei der Aufrüstung Europas mitmacht, wohlweislich, dass dafür bei Sozialem das Geld fehlt, ist besonders widerlich. Siehe dazu die GPA-Stellungnahme

<https://www.gpa.at/themen/internationales/rearm-europe—europas-weg-zu-einer-staerkeren-verteidigung>

### **Verpflichtende EU-Beistandspflicht für das neutrale Österreich? NEIN!**

Dazu gehört, dass von der Regierung auf Geheiß von Wirtschaft und Militär die Aufrüstung mit der "Notwendigkeit", angeblich im Falle des Falles der EU-Beistandspflicht entsprechen zu "müssen", gerechtfertigt wird. Doch das ist eine Propagandalüge. Denn beim EU-Beitritt hat Österreich ausdrücklich einen Neutralitätsvorbehalt ("Irische Klausel") festgelegt. Dieser besagt, Österreich kann, muss aber nicht mitmachen!

Selbst der für NATO-Beitritt und EU-Kriegsbeteiligung Österreichs lobbyierende und gerne von Medien für die EU-NATO-Kriegspolitik interviewte Jurist Ralph Janik, von der Sigmund Freud PrivatUniversität muss in Bezug auf die EU-Beistandspflicht und Österreichs Neutralität einbekennen:

"Österreich ist – formalrechtlich – allerdings in jedem Fall von einer rechtlichen Verpflichtung ausgenommen, andere Staaten durch Kriegsgerät oder gar die Entsendung eigener Soldat\*innen zu

unterstützen. Der allgemeine Verweis auf die Besonderheiten der Verteidigungspolitik eigener EU-Mitglieder wird bei der Beistandsklausel noch einmal wiederholt (die sogenannte Irische Klausel – Irland hatte auf ihre Aufnahme gedrängt). Damit kann Österreich mit Verweis auf die immerwährende Neutralität von jedweder militärischer Hilfe absehen. Sofern ein letzter Rest der strengen völkerrrechtlichen Neutralität den EU-Beitritt und die Entwicklung der GASP/GSVP überlebt hat, kann hier sogar eine Verpflichtung zu militärischer Passivität bestehen." (<https://www.oegfe.at/policy-briefs/neutralitaet-und-der-oes-terreichische-beitrag-zur-eu-sicherheitspolitik/>; 5. Okt. 2022 – Hervorhebung durch die Red.)

### **Österreich muss sich positionieren ...**

... heißt es von den Regierenden. Was sie meinen, haben wir dargelegt. Sie meinen an der Seite von EU/NATO, v.a. aber wieder einmal an der Seite Deutschlands.

Ja, Österreich muss sich positionieren. Schnell! An der Seite der immerwährenden Neutralität, die wir ja haben! Weder an der Seite von USA/EU/ Deutschland, noch an der Seite Russlands oder einer anderen Großmacht! Österreichs Entscheidungsträger müssen endlich das achten und umsetzen was wir haben, was die Bevölkerung auch will: die immerwährende Neutralität! Wir müssen dem allen gegenüber mehr denn je an der Neutralität festhalten, weil Neutralität Nicht-Kriegsteilnahme bedeutet. Das heißt auch, alles zu tun, sich eben nicht an Aufrüstung und bestehenden und potenziellen Kriegsparteien anzunähern oder anderen Kriegsprogrammen teilzunehmen. Deshalb nie wieder mitmachen oder gar mitmarschieren bei Kriegen.

Lassen wir uns von den Neutralitäts-Abschaffern und von den nach hunderten Milliarden gierenden Konzernen und ihren politischen Handlangern in Militär, Wirt-

schaft und Politik – und zwar in JEDER politischen Partei (ob in der Regierung, ob in der Opposition) nichts einreden! Während für Soziales eine "Maastricht-Budget-Obergrenze" gilt, wird für Kriegsaufrüstung die "EU-Schuldenbremse" gelöst. Wenn wir die Milliarden für die Kriegsaufrüstung hätten, haben wir kein Budgetloch! Dann gäbe es diese Milliarden für Soziales, Bildung, Gesundheit, Pensionen, Klimaschutz, die schon jetzt und erst recht für eine gute Zukunft notwendig sind.

*(Zusammenfassung zweier Artikel, stark gekürzt)*

Ganze Zeitung: [https://prosv.at/wp-content/uploads/2025/04/Soli-Ztg\\_2-25\\_endf\\_Druck.pdf](https://prosv.at/wp-content/uploads/2025/04/Soli-Ztg_2-25_endf_Druck.pdf)  
oder <https://aqin.at/25212>

Info: Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg, [ggae@gmx.at](mailto:ggae@gmx.at) \* [atomgegner.at](mailto:atomgegner.at) / ÖSTERREICHISCHES SOLIDARITÄTSKOMITEE, Plattform pro Sozialversicherung, [oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at) \* [prosv.at](https://prosv.at)

## **Webtip und Termin Rüstung**

Der Versöhnungsbund hat ein Policy Paper unter dem Titel "Waffen schaffen keinen Frieden" produziert, daß der Bund gerne diskutiert hätte. Ungewöhnlich für den Versöhnungsbund ist dabei, daß das Papier viel politischer und EU-kritischer ist als üblich und die konkreten Aufrüstungspläne der EU wie auch Österreichs und das Entstehen eines EU-Militärblocks in Verbindung bringt mit dem Kapitalismus, den Belastungsplänen der Regierung und auch der Klimaproblematik, zB hier: "Bereits 2019 verlangte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen einen höheren Führungsanspruch der EU, die die 'Sprache der Macht' lernen müsse. Mit ihrem Aufrüstungsprogramm

will sich die Europäische Union nun ihren Platz an der Spitze der mächtigen Staaten/Blöcke sichern. Damit fördert sie aber auch das neoliberale Konzept, das auf dem Recht des Stärkeren basiert. ... Neoliberalismus, Militarismus und die Zerstörung des Klimas und der Umwelt hängen untrennbar zusammen. Es ist wohl kaum ein Zufall, dass das EU-Lieferkettengesetz genau zu dem Zeitpunkt der beschlossenen Aufrüstung gelockert werden soll."

**Das Papier findet sich im Volltext hier:** <https://www.versoennungsbund.at/wordpress/wp-content/uploads/2025/04/Policy-Paper-Aufruestung.pdf> oder <https://aqin.at/25110>

### **Diskussion über Zoom:**

Waffen schaffen keinen Frieden  
Mittwoch, 4. Juni 2025 um 18:30 Uhr

Wir laden Mitglieder und Freund:innen des Versöhnungsbundes ein, gemeinsam einen Blick auf unser Policy Paper "Waffen schaffen keinen Frieden" zu werfen, vertiefende Fragen zu stellen und Aufrüstung(spläne) zu hinterfragen.

Dauer: ca 1,5 Stunden  
Anmeldung:

<https://www.versoennungsbund.at/4-6-25-online-austausch-waffen-schaffen-keinen-frieden/>  
oder <https://aqin.at/25111>

## Wahre deutsche Worte

Die deutsche christsozialdemokratische Regierung in Deutschland liefert noch seltsamere Meldung ab als ihr hiesiges Pendant. Obwohl, ganz falsch ist es ja nicht, wenn Kriegsminister Boris Pistorius meint: "Mit Sozialleistungen und mit Bildung lässt sich dieses Land nicht verteidigen". Als Sozialdemokrat weiß er ja ganz genau, daß man nur mit einem ungebildeten, verarmten Volk wirklich effizient Krieg führen kann.

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-05/boris-pistorius-donald-trump-ukraine-russland-sanktionen>  
oder <https://aqin.at/25214>

Sein christliches Gegenüber, Kanzler Merz, mag was anderes auch nicht: "Mit Vier-Tage-Woche und Work-Life-Balance werden wir den Wohlstand dieses Landes nicht erhalten können". Das erklärte er am CDU-Wirtschaftstag. Wenige Stunden später meinte er im Bundestag: "Der Staat sind wir alle", und deshalb müsse sich jede Forderung, die sich an "den Staat" richtet, "zugleich an jeden Einzelnen, auch an denjenigen, der eine solche Forderung erhebt", richten. Der Kolumnist Yossi Bartal von der "nd" meinte dazu in einem Kommentar: "Mit dieser mir neu verliehenen Identität – als Organ des Staates – komme ich allerdings gar nicht klar. Seit der Rede von Merz versuche ich täglich, Forderungen wie den Stopp von Waffenlieferungen an genozidale Staaten, die Enteignung von Wohnkonzernen oder die Erhöhung der Löhne in Krankenhäusern und Schulen an mich selbst zu richten – bisher ohne sichtbaren Erfolg."

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1191305.friedrich-merz-der-staat-das-bin-ich-nicht.html>  
oder <https://aqin.at/25215>

###

## Muss mensch immer wieder dazusagen, dass...?

Replik auf "80 Jahre... - Gedanken am 8. Mai" von Markus Auer

Schon vor rund 60 Jahren ging es mir immer wieder auf die Nerven, dass mir, wenn ich die Verbrechen der Nazis angeprangert habe, entgegengeschleudert wurde, dass ich dazu sagen müsse, dass auch Stalin furchtbare Verbrechen zu verantworten hatte. Habe ich eh nie geleugnet. (Bei Lenin hat's ein bisserl gedauert.)

Markus, du schreibst, dass "es das Mindeste wäre, wenn unsere Politiker diese Dankbarkeit (für die Befreiung vom Hitlerfaschismus) widerspiegeln würden" und, dass "unter den Augen und mit Unterstützung Europas in der Ukraine seit 11 Jahren bewaffnete Banden unter Nazi-Symbolen Nachkommen unserer Befreier terrorisieren und ermorden."

Naja, das war eines der Argumente Putins, in die Ukraine einzumarschieren.

Ist das ein Schelm, dem der Gedanken kommt, dass dieser Überfall damit gerechtfertigt werden soll?

Misstrauisch habe ich weitergelesen.

Und wurde noch misstrauischer.

Du schreibst: "Vor 80 Jahren wurde Dank Nachsicht und Großmut unserer sowjetischen Befreier — und mit ihrer Unterstützung — die demokratische Republik Österreich wiederhergestellt. Zum heurigen Festakt wurden deren Nachkommen, ihre Rechtsnachfolger, von uns nicht eingeladen."

Hmm, wen meinst du mit Rechtsnachfolger? Möglicherweise einen von den sieben Millionen Ukrainern oder einen ihrer Nachfolger, die in der Sowjetarmee gegen den Faschismus gekämpft haben. (Ja, es haben auch Ukrainer auf der anderen Seite gekämpft.)

Wenn dem so ist und du es für selbstverständlich hältst (und daher nicht erwähnenswert), dass der Überfall der russischen Armee durch nichts zu rechtfertigen ist, dann bin ich beruhigt.

Aber in Zeiten, in denen mensch feststellen muss, dass der Überfall der Hamas am 7. Oktober ein Verbrechen ist und gleichzeitig, dass das keine Rechtfertigung für den Massenmord im Gazastreifen ist, wird mensch eben sensibel.

Kurt Winterstein

## **Die Wahrheit über Jesus**

**Verlässlich zu den Feiertagen kochte die große theologische Frage wieder hoch: War Jesus Kroat? Oder war er Serbe? CHRISTOPH BAUMGARTEN hat sich in seinen Balkan Stories die Theorien genauer angesehen und bringt euch die Wahrheit über Jesus.**

Es ist einer der seltenen Gelegenheiten, wo für alle drei großen Gruppen des Christentums die höchsten liturgischen Feiertage auf den gleichen Tag fallen: Katholiken, Protestanten und Orthodoxe feiern Ostern am 20. April.

Das war es schon mit der Einigkeit.

Bei so manchem Menschen mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien kocht eine Frage hoch: War Jesus Kroat? War er Serbe?

Beide Theorien haben ihre Anhänger. Keine dieser Theorien ist ein Scherz.

### **Alle gegen die Kroaten - vor allem die historischen Beweise**

Den Anfang in diesem Spiel machte 1999 der kroatische Autor Tihomir Mikulić mit dem ersten Band seines Werks *Otvoreni pečati* („Geöffnete Siegel“, Übersetzung von Balkan Stories). In bislang sieben Bänden beschäftigt er sich mit der Geschichte der Kroaten. Beziehungsweise dem, was er dafür hält.

Hier entwirft er die Theorie, die Kroaten seien ursprünglich in Judäa heimisch gewesen. Als Beweis führt er Ortsnamen und angebliche Eigenbezeichnungen ethnischer Gruppen im heutigen Israel und Palästina an. Jesus sei einer der ihnen gewesen, und die Kroaten die ersten Christen.

In mehreren Wellen und auf verschlungenen Pfaden gelangten sie als Manichäer und als Katholiken von Israel über die Küste des Schwarzen Meeres ins heutige Dalmatien. Unter anderem habe der römische Kaiser Diokletian dort Manichäer angesiedelt, um das illyrische Wesen der damaligen Provinz Illyrien zu bekämpfen.

Dass die Sprache der ersten Christen Aramäisch war, und die ersten christlichen Texte auf Griechisch geschrieben wurden, ist für Mikulić kein Gegenbeweis.

Die Kroaten seien eigentlich keine Slawen. Sie seien erst im Frühmittelalter mit der Einwanderung slawischer Stämme am Balkan zwangsassimiliert worden.

Womit in den Augen von Fans von Mikulić der Beweis für die Theorie erbracht ist: Die Kroaten seien immer Ziel von Zwangsassimilation gewesen, von offenem Antikroatismus. Also müsse diese Behauptung ja stimmen.

Daneben spielt auch Namensmagie eine gewisse Rolle. So wird darauf verwiesen, dass der weltliche Vater von Jesus Josef hieß, und das ja ein beliebter Name bei den Kroaten sei.

Einer der Anhänger Mikulićs verstieg sich in einem Kommentar für das Portal *Dnevnik* gar zur Behauptung, Josef Stalin und Josip Broz hätten „Völkermord an den Kroaten“ begangen, und dieser sei „das größte Massaker der Menschheitsgeschichte“.

Wissenschaftlich ist Mikulićs These nicht anerkannt. Um es sehr höflich zu formulieren.

Immerhin behauptet er nicht, Historiker zu sein. Das ist in der Welt fragwürdiger Welterklärungstheorien auch schon was. In einigen Erklärungen heißt es gar, er schätze die kroatischen Historiker sehr, halte sie aber für etwas verwirrt.

Dem können die serbischen Freunde alternativer Welterklärungen nicht nachstehen.

### **Alle sind wir Serben, vor allem Jesus**

Hier sind es gleich mehrere, die seit einigen Jahren die These propagieren, Jesus sei Serbe gewesen.

Den Anfang machte 2016 ein offenbar mittlerweile gelöscht Video einer namentlich nicht genannten Youtuberin.

Sie behauptete, Jesus sei nicht in Palästina geboren worden sondern im Kosovo. Sein echter Name sei auch nicht Jesus gewesen. Er habe Manojlo Nemanjić geheiß.

Das würde Jesus zum Stammvater der serbischen Königsdynastie der Nemanjiden machen. Deren historisch belegter Gründer, König Stefan Nemanja, hat vor Kurzem eine pompöse Statue vor dem ehemaliger Hauptbahnhof von Beograd erhalten – mit sehr deutlicher christlich-nationalistischer Symbolik.

Die These des serbischen Jesus scheint sich seitdem in verschiedene Strömungen aufgespalten zu haben. Die Beweisführungen der einzelnen Richtungen unterscheiden sich im Detail erheblich.

Eine der Strömungen argumentiert etwa, Maria sei in Wahrheit ein serbischer Name. Aramäisch, die antike Umgangssprache im Nahen Osten, sei in Wahrheit mit dem Serbischen identisch.

Dass das eine semitische Sprache ist und das andere ein Idiom einer indoeuropäischen Sprache – wahrscheinlich Falschinformationen, in die Welt gesetzt von Historikern und Linguisten, die sich zusammengetan haben, um das Serbentum als solches zu zerstören.

Gegen diese antiserbische Verschwörung ziehen die Helden der Wahrheit und Gerechtigkeit ins Feld, die die wahren Quellen kennen wie sonst niemand auf der Welt. Letzterer Halbsatz ist durchaus wörtlich zu nehmen.

Slobodan Filipović ist nach Eigenbeschreibung Ethnologe. Er propagiert, dass ein verfolgter und vergessener serbischer Kalender der älteste der Welt sei.

## Was das alles mit Alexander dem Großen, Cleopatra und Tibet zu tun hat

Filipović stützt die These, dass die Nemanjiden von Jesus abstammen würden – und in Wahrheit auch direkt von Adam, was für den christlich-religiösen Menschen freilich kein Alleinstellungsmerkmal wäre.

Wie viele mittelalterliche Königsdynastien legitimierte dieses Geschlecht seinen Herrschaftsanspruch mit diversen noblen Abstammungen. Als Ahnherren nahmen sie offenbar gelegentlich auch die römischen Kaiser Augustus und Konstantin in Anspruch.

Irgendwie hat das auch mit Außerirdischen zu tun, was einen an die „Pyramiden“ von Visoko denken lässt.

Fazit: Filipović beweist einwandfrei, dass Jesus Serbe war, und deckt eigenhändig die antiserbische Verschwörung seit Anbeginn der Zeit auf.

Auf komplizierten Pfaden bringt in einer Diskussion auf Happy TV der Journalist Dragan Jovanović Alexander der Große und Cleopatra ins Spiel – die verheiratet gewesen seien. Um das zu vertuschen, seien 297 Jahre Geschichte erfunden worden.

Und wenn schon 297 Jahre Geschichte erfunden worden seien, konnte man gleich die serbische Herkunft Jesu verschleiern, die für Jovanović stichhaltig erwiesen ist. „Mich interessiert überhaupt nicht, ob irgendjemand außer Serben denkt, dass Jesus ein Serbe ist, das ist er.“

Wenn das kein Beweis ist...

Dazwischen Geschichten über einen Aufenthalt Jesu in Indien, wo er im Alter von 120 Jahren gestorben sei. Die Belege sollen sich in einem tibetischen Kloster namens Hilandar finden.

## Ein ehemaliger Priester und Geozentriker als Pol der Vernunft

Auch Dejan Lučić darf seine Expertise abgeben. Er ist Autor von Spionageromanen und posiert als Experte für Geopolitik im serbischen Fernsehen.

Wie der Journalist Tomislav Marković in einer ausführlichen Analyse für nomad.ba treffend schreibt, wirkt in dieser Diskussion der Theologe Nikodin Bogosavljević mit seinen Aussagen als Pol der Vernunft, die Bibel sei das Wort Gottes und die unveränderliche Wahrheit, alles andere sei Lug und Trug.

Bogosavljević ist geschasster orthodoxer Priester und beharrt darauf, dass die Erde das unbewegliche Zentrum des Universums sei, um das die Sonne, die Planeten und alles sonst kreisen.

Happy TV widmet der Diskussion, ob Jesus Serbe gewesen sei, immerhin eineinhalb Stunden Sendezeit. Etwas beschaulicher geht es der Youtube-Kanal Isus Kristus in seinem Video an.

Er zeigt Ausschnitte aus einer Bibel-TV-Produktion in serbischer Synchronisation. Der Hauptdarsteller sieht aus wie ein junger Jürgen Prochnow, ist es aber offenbar nicht. Prochnow spielte Jesus an der Seite von Demi Moore im US-amerikanischen Kinofilm „The Seventh Sign“ im Jahr 1988.

Immerhin 32.000-mal ist allein dieses Video auf dem Kanal Isus Kristus aufgerufen worden. Online gestellt wurde es 2016.

Aus welcher Produktion die Szenen stammen, konnte nicht geklärt werden.

Es ist auch nicht klar, ob das Video ein ernstgemeinter Versuch ist, die These vom serbischen Jesus zu belegen. Einige der Zuseher zeigen sich in ihren Kommentaren ungeachtet dessen von Jesu Serbentum überzeugt.

## Der ernste Hintergrund des Narrensaums

Der Narrensaum hat einen ernsten Hintergrund. Einen politischen Hintergrund, um genau zu formulieren.

Die These vom kroatischen Jesus und die These vom serbischen Jesus sollen nicht nur jeweils einem der beiden Völker einen besonders sakralen Ursprung verleihen – was an sich im klerikalnationalistischen Diskurs seit dem Ende Jugoslawiens und der kapitalistischen Restauration bedeutend ist.

Vor allem sollen sie beide Völker älter machen als sie es nach wissenschaftlicher Erkenntnis sind.

Beide Thesen bedienen das Narrativ „Wir waren zuerst da“. Aus dem vermeintlich hohen Alter der Völker lassen sich Gebietsansprüche ableiten. Eine klassische nationalistische Argumentation.

So behaupten mazedonische Nationalisten, sie würden von den antiken Mazedoniern von Alexander dem Großen abstammen.

Albanische Nationalisten setzen auf ähnliche Sprachspiele, wie es in diesem Beispiel serbische Nationalisten tun. Das Etruskische wird zu einem Dialekt des albanischen Idioms Toskisch erklärt. Andere erklären das Albanische zur ältesten Sprache Europas. Beides widerspricht dem Stand der Wissenschaft.

Es würde nicht überraschen, wenn albanisch-nationalistische Querdenker auch die These eines albanischen Jesus propagieren würden. Das konnte Balkan Stories mangels rudimentärer Albanisch-Kenntnisse nicht überprüfen.

Andererseits würde ein albanischer Jesus mit seiner 2000-jährigen Geschichte mickrig wirken im Vergleich zur 8.000-jährigen Kontinuität, die albanische Nationalisten mit ihren Sprachspielchen propagieren.

Der psychischen Gesundheit ist es geschuldet, dass der Ausflug in den Narrensaum hier beendet wird. (gek.)

Quelle (mit vielen Links):

<https://balkanstories.net/2024/03/29/die-wahrheit-uber-jesus/>

# Termine

## Ständiges & Derzeitiges

STANDING TOGETHER - in silence - 1x pro Woche Mahnwache in Stille für Frieden und Menschlichkeit in Palästina und Israel. Jeden Mittwoch, 18:00 - 18:30 Uhr am Platz der Menschenrechte (Museumsquartier), 1070 Mariahilfer Straße 2

Amerlinghaus, Raum 3, jeden Dienstag um 18,30 Treffen der Sozialistischen Offensive (SO), 1070 Stiftg.8

Beratungs-Cafe der KPÖ Wien, 1140 Drechslergasse 42 : Soziale Unterstützungsangebote in Wien verstehen! Di 15 -18 Uhr. <https://wien.kpoe.at/termine/beratungscafe-der-kpoe-wien/> (aqin.at/24196), [beratungscafe@kpoe.at](mailto:beratungscafe@kpoe.at) oder 0660/1976912

Radldemos: Radeln for Future: Wien jeden 1. Freitag im Monat ab 17 Uhr ist Treffpunkt beim Sigmund-Freud-Park/Votivpark/Schottentor. <https://radelnforfuture.at/> - Critical Mass - Wien jeden 3. Freitag im Monat - Treffpunkt 17:00 Uhr am Schwarzenbergplatz. 17:30 Abfahrt. Die Termine in den anderen Bundesländern ändern sich immer wieder mal: <https://www.critical-mass.at/>

Fast täglich: Omas gegen rechts von 10-14 Uhr beim Deserteursdenkmal am Ballhausplatz oder am Minoritenplatz, 1010, für Menschen in den Elendslagern am Rande Europas. Termine: <https://omas-gegenrechts.at>

Beratung im Links Lokal: Die LINKS- Beratung "Beratung Wohnen und Soziales" findet regelmäßig

statt. Jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat von 16:00 - 17:30 gibt es in 1160, Veronikagasse 10. Auch weiterhin legen wir großen Wert darauf, die Beratung oft auch mehrsprachig anzubieten, etwa auf Arabisch, Türkisch oder Farsi, jedenfalls immer auch auf Englisch.

## Samstag, 31.5.

Alberts Bücherlager, 19h: "Erinnerungen aus dem Widerstand" - Lesung mit Musik, Maren Rahmann (Gesang und Akkordeon). Wegen ihrer Widerstandstätigkeit gegen das NS-Regime zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, verlor die **Architektin Margarethe Schütte-Lihotzky** nie ihren Widerstandsgedanken, die Solidarität mit Mitgefangenen und den Glauben an die Befreiung. Mit Lesungen aus ihren autobiographischen Aufzeichnungen und Liedern nach Texten von anderen Widerstandskämpfer\*innen lässt Maren Rahmann diese außergewöhnliche Frau wieder lebendig werden. 1120 Aichholzg.19, Anmeldung:

[albertsbuecherlager@gmail.com](mailto:albertsbuecherlager@gmail.com),  
Doors Open: 18 Uhr, Ende der Live-Musik 22 Uhr

## Montag 2.6.

16:30, Amerlinghaus, Aktives Zentrum - **Perspektivengruppe. Patient\_innenverfügung.** Solange wir selbstbestimmt sind und alles gut läuft, passieren die Dinge so wie wir uns sie wünschen. Was aber, wenn wir nicht mehr klar im Kopf sind oder unsere Bedürfnisse nicht mehr artikulieren können? Was ist dann? Wie können wir trotzdem gut für uns sorgen? Rund 4% der Erwachsenen in Österreich nutzen das Vorsorgeinstrument der Patientenverfügung um sich selbst zu achten und ihre Liebsten in ethisch schwierigen Entscheidungen zu stärken. Viele planen eine zu verfassen und erledigen es nicht. Liebevoll und mit Bedacht wenden wir uns - alle gemeinsam und Jede\_r für sich - jenen Fragen zu, wie wir in Momenten höchster Vulnerabilität selbstbestimmt bleiben. Eine Patient\_innenverfügung kann Klarheit für Entscheidungen bringen, die in unserem Namen gemacht werden, wenn wir gerade nicht (mehr) für uns sprechen können. Diesen Termin begleitet Palliativmediziner Dr. Doppelreiter.

Depot, 19h, feminismen diskutieren: Dekoloniale Museumspraxis im Weltmuseum Wien. Die Defizite im österreichischen Diskurs über die eigene koloniale Vergangenheit brauchen Aufarbeitung. 1070 Breitere Gasse 3

## Dienstag, 3.6

Aktionsradius, 19h, Lesungen und Buchpräs.: DU MUSST ES FÜR MICH TUN. Buch Eva Brenner – Geschichte im Dialog. Seit knapp 30 Jahren arbeitet die Autorin Eva Brenner, mit Unterbrechungen, an der Recherche und Aufarbeitung der verschwiegenen jüdischen Vorgeschichte ihres Vaters Dr. Wilhelm Brenner (1917-1977). Er war angesehenes Zahnarzt, Vizepräsident der Wiener Ärztekammer und geschickter Vermittler zwischen internationalen Standesvertretungen, Medizin und Politik. Zeitlebens sprach er nie über die Kriegszeit und seinen aus Galizien stammenden jüdischen Großvater Jakob Brenner. Jahrzehntlang kursierten in der Familie nur vage Gerüchte. Eva Brenner sucht in diesem Buch nach Antworten auf Fragen nach ihrer Identität. Anhand von fiktiven Dialogen und Briefen nähert sie sich ihren Wurzeln und vor allem dem Schicksal ihres Vaters, der trotz seiner Abstammung das Nazi-Regime in Österreich überlebte und in der Nachkriegszeit als Zahnarzt zum hochangesehenen Standesvertreter seiner Zunft wurde. Die Verstorbenen werden zum Leben erweckt; Konsequenz und in aller Widersprüchlichkeit geht die Autorin auf Spurensuche der Familien. 1200 Gaußplatz 11

Amerlinghaus, 18,30, Infoabend & Disk: Ni Una Menos Austria - Open Talk mit Anna Rauchenwald. **Militarisierung der EU - eine Systemkritik.** Die internationalen Konflikte spitzen sich zu und Europa rüstet auf. Während für Gesundheit, Bildung, Pflege, Kinderbetreuung und Gewaltschutz kein Geld da ist, erreichen die Rüstungsausgaben in Europa Rekordniveau. Die Militarisierung wird mit einer angeblich wertebasierten Außenpolitik gerechtfertigt: Die EU solle weltweit Sicherheit, Entwicklung, Menschenrechte und Demokratie verteidigen. Anna Rauchenwald (sie\*ih) ist Aktivistin und Sozialwissenschaftlerin

aus Wien. Ihre Masterarbeit zur politischen Ökonomie europäischer militarisierter Außenpolitik wurde mit dem Nachwuchsförderpreis der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung ausgezeichnet. Sie ist ehrenamtlich in der Jugendbildungsarbeit engagiert und beruflich für die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik tätig.

ÖGB Katamaran, 18h, Veranstaltung von Zukunftswerkstatt Gesundheitspolitik, Klub der politisch interessierten Frau, BDFÖ u.a.: **DIE PRIVATE TASCHEN DER VERSICHERTEN - SELBSTBEHALTE UND ZUZAHlungen**. Warum gibt es überhaupt Selbstbehalte, wenn man/Frau öffentlich krankenversichert ist? Muss der Anteil der Privatzuzahlungen für Gesundheit wirklich ständig steigen? Warum steigt die Rezeptgebühr von Jahr zu Jahr? Könnte der Staat hier nicht sozial ausgleichend regulieren? SeniorInnen sind mehrfach Betroffene. 1020 Johann-Böhm-Platz 1, Wilhemine-Moik-Saal

Depot, 19h, Buchpräs. Sabine Scholl: **HABEN UND GEHABE**. Nicht nur in der Soziologie, sondern disziplinübergreifend sind Entstehungsbedingungen von Kunst, Kultur, Literatur mittlerweile Thema. Die Literaturkritik ist zwar bereit, Texte zum Thema Klasse zu rezipieren, doch stellt sich den in deutscher Sprache schreibenden Autor\*innen immer noch die Frage, ob denn nicht Ästhetik das entscheidende Kriterium für die Qualität der eigenen Arbeit sei. Der Band vereint Texte und Gespräche mit Kunstschaffenden und Schriftsteller\*innen, die sich auf unterschiedliche Weise mit Fragen rund um das Thema Klasse und Herkunft auseinandersetzen. Mit Natascha Gangl, Barbara Juch, Dramaturgin, Sabine Scholl, Schriftstellerin, 1070 Breite Gasse 3

#### Mi 4. Juni

Rep.Club, 19h, Buchpräs.: "PEPEK" – **EIN KIND ÜBERLEBT DEN HOLOCAUST**, Josef SALOMONOVIC, genannt "Pepek", ist einer der letzten, in Österreich lebenden, Zeugen des Holocaust. Er wurde 1938 in Mährisch-Ostau geboren und hat durch unglaubliche Wunder und Zufälle das Ghetto Lodz und

fünf Konzentrations- und Arbeitslager überlebt. Pepeks Schwägerin, die Historikerin Shoshana DULZEND-JENSEN, legte nun ein Buch über Pepeks Kinderleben 1938 bis 1946 vor. Bei der Präsentation wird Pepek anwesend sein und aus seinem Leben erzählen. 1010 Fischerstiege 1-7

18:00, Amerlinghaus, Filmscreening mit anschließendem Filmgespräch. **The Pickers - Social-Impact Kampagne zum Thema Ausbeutung von Migranten im Europäischen Agrikultursektor** mit Aktivist\_innen der Sezonieri Kampagne - Wir erwarten und verlangen das ganze Jahr über frisches Obst und Gemüse. Die Saisonarbeiter\_innen in der Lebensmittelindustrie liefern... Der Film "The Pickers" bringt auf die Leinwand welche strukturelle Gewalt, Ausbeutungsbeziehungen und prekarierte Lebensverhältnisse in unseren europäischen Lebensmittel stecken. Im Anschluss gibt es eine Begegnung und Diskussion mit Aktivist\_innen der Sezonieri Kampagne. The Pickers - a social impact campaign based on the documentary film - Elke Sasse - DE 2024 - 80 min. Englisch mit deutschen Untertiteln+ mehr Infos unter: [www.thepickers.de](http://www.thepickers.de) sowie [www.sezonieri.at](http://www.sezonieri.at)

Amerlinghaus, 19h, Filmscreening und ab 20:00 Round table: "**Feminismen in globalen Süden**", mit Vertreterinnen verschiedener Organisationen. Zum Kurzfilm "Remedios": Das Thema des Films ist die Entrechtung junger Mädchen von der Bildung, ein Thema, das Remedios betraf und immer noch betrifft. Sie und ihre Schwestern durften nicht zur Schule gehen. Ihre Brüder hingegen durften. Dieser kurze Roadmovie-Film gibt einer Roma-Frau die Stimme, um gehört zu werden, damit die Gesellschaft, insbesondere die Roma-Community, vielleicht doch noch eine Haltung einnimmt.

WUK, ab 18 Uhr im Hof: Musik, **Demokratie, Gesellschaft & Politik, Diskussion. Musik für alle, Demokratie am Tisch**. Der Abend bringt Menschen an einen Tisch – im wahrsten Sinn. Publikum, Künstler\*innen und Organisator\*innen begegnen sich auf Augenhöhe, bei Essen, Gesprächen und künstlerischen

Beiträgen. Für einleitende Impulse sorgen: Vera Rosner mit einer Performance von DanceAbility, einer Tanzform für Menschen mit und ohne Behinderung. FullAccess mit einem Beitrag über Barrieren in der Musikwelt. FullAccess sorgt für eine bessere Zugänglichkeit von Events für Menschen mit Behinderungen. "Demokratie am Tisch" ist ein offenes Format im öffentlichen Raum – ohne Bühne, ohne Hierarchien. Alle sind eingeladen, mitzureden, mitzudenken und mitzuerleben. Eintritt frei

Linz, Grüne Bildungswerkstatt, Info-Veranstaltung mit Birgit Ernecker/Digitalisierungsexpertin: Der Wert unserer Daten. Landgutstr.17, Anmeldung: [office.ooe@gbw.at](mailto:office.ooe@gbw.at)

#### Donnerstag, 5.6.

Buchhandlung Thalia, 19h, Bernhard Heinzlmaier: **BABYBOOMER GEGEN GENERATION Z**. Vom Ende des neuen Biedermeier. 1060 Mariahilferstr.99

**FILMSCREENING: Do 05.Juni 2025 "PRIDE"** Film 19:30 KÜFA 19:00 - Pride (2014) erzählt eine wahre Geschichte von gelebter Solidarität. Der Film beginnt im Jahr 1984, als "Lesbians and Gays support the Miners" gegründet wird. Mark Ashton und andere Aktivist:innen aus der queeren Gemeinschaft möchten nicht tatenlos dabei zusehen, wie die Regierung von Margaret Thatcher britische Minenarbeiter:innen unterdrückt. Sie fangen deshalb an Spenden für streikende Miners zu sammeln und für einen solidarischen Zusammenschluss mit Arbeiter:innen in der Queer Community zu werben. Die Aufgabe ist keine einfache für LGSM – Homophobie unter Miners und Skepsis unter Queers sind große Hürden für ihr Unterfangen. <https://a-bibliothek.org/2025/05/23/filmscreening-do-5-juni-2025-pride/> Anarchistische Bibliothek | Archiv | Institut für Anarchismusforschung, Sanettystraße 1, 1080 Wien, <https://a-bibliothek.org>

#### Freitag, 6.6.

SPÖ-Bezirksorganisation Simmering, 18h, Gespräch mit Werner Wintersteiner: "**MEHR SICHERHEIT OHNE WAFFEN**". Zur Aktua-

lität von Hans Thirring's Friedensplan. Gespräch mit W.W., Christoph Matzner und Dieter Reinisch. 1110 Simmeringer Hauptstr. 81-85

Guntramsdorf, Museum Walzengravieranstalt, 19h, Laura C. Göbelsmann und Andrea Komlosy: ZEITREISE IN DIE WERKSTATT DER WELT. Von rauchenden Schloten zum Ende der Fabiken. Geschichten aus England. Steinfeldg.4

### **Dienstag, 10.6.**

19.30, Werkl im Goethehof, Schütttaustraße 1-39/6/R02, 1220 Wien: Wie starb Christian Pilnacek? Peter Pilz präsentiert sein Buch "Pilnacek. Der Tod des Sektionschefs" (2025). Mit anschließender Diskussion.

### **Mittwoch, 11.6.**

Depot, 19h, Salon Philosophique: **WAHRHEIT UND TRAUM IN DER DASEINSANALYSE.** Wie wir angesichts der gegenwärtigen politischen Disruptionen sehen können, ist die Wahrheit in Gefahr. Heute werden selbst nachprüfbar Fakten bestritten, oder selektiv zur Untermauerung eigener Meinungen oder für Propaganda-Zwecke missbraucht. Wahrheit ist aber zweifellos weit mehr als Faktizität. Die Frage nach der Wahrheit muss heute neu und tiefer gestellt werden. Wahrheit ist zutiefst mit dem Verständnis des Seins verbunden. Deshalb ist der Ausgangspunkt für die tiefere Wahrheits-Erkennntnis unsere Erfahrung des Daseins. Anmeldung: michael.musalek@sfu.ac.at

### **Donnerstag 12.6.**

19:30, Amerlinghaus, Filmscreening - **Cinema Politica Vienna OUR DANCE OF REVOLUTION** (2019, ENG) No, the revolution wasn't televised. But it was hugged, chanted, marched, and danced into existence. Our Dance of Revolution tells the story of how Black queer folks in Toronto faced every adversity, from invisibility to police brutality, and over a four-decade span rose up to become a vibrant, triple-snap-fierce community. IG cinema.politica.vienna piazzakollektiv.gitlab.io/website

### **Samstag, 14.6.**

Tagesexkursion nach Brünn: Geschichte des **jüdischen Lebens**

**in Brünn.** In Kooperation mit der Initiative "Meeting Brno" erkunden wir die Brünner Altstadt entlang ausgewählter Stationen aus ihrem Projekt "Historische Pfade durch Brünn". Organisationsbeitrag 35 Euro - exklusive An-/Abreise und Essen. Begrenzte Plätze! Anmeldung erforderlich unter [office@aktionsradius.at](mailto:office@aktionsradius.at), Teilnehmeranzahl begrenzt. Infos zu Treffpunkt und Ablauf werden bei Anmeldung bekannt gegeben. Bei jeder Witterung - Regenschutz und gutes Schuhwerk empfohlen! Anreise: 8.10 Uhr, Zugabfahrt in Wien. Tourbegleitung: Andrea Hiller, Rückfragen: 0676-79 88 746

Amerlinghaus, 19h, Vortrag und Diskussion: 500 Jahre Bauernkriege mit Martin Empson zu seinem neuen Buch: "The Time of the Harvest has Come: Revolution, Reformation and the German Peasants War". Vor fünfhundert Jahren brach eine der größten Rebellionen der europäischen Geschichte aus. **IM DEUTSCHEN BAUERNKRIEG** erhoben sich Zehntausende einfache Menschen in einem umfassenden Aufstand gegen ihre Unterdrückung. Radikale wie Thomas Müntzer in Thüringen und Michael Gaismair in Tirol forderten eine Umverteilung des Reichtums, damit alles gemeinsam genutzt werden konnte. Info <https://linkswende.org/>

Symposium in Wien - Common Ground - Deconstructing **Walls A Palestinian-Israeli dialogue** - Wann? 14.-15. Juni 2025 Wo? Akademie der bildenden Künste Wien, Schillerplatz 3, 1010 Wien. This symposium series addresses the complexities of the Israeli-Palestinian conflict through artistic and activist interventions, promoting dialogue and understanding within the diverse and sometimes divided Viennese society and beyond. Eine Veranstaltung in Englischer Sprache im Rahmen von SHIFT von One State Embassy, Standing Together Vienna, ÖHAKBILD. Kostenlose Registrierung vorab erforderlich! -> [www.versoehnungsbund.at](http://www.versoehnungsbund.at)

### **Sonntag, 15.6.**

Metro Kinokulturhaus, 20h, der Film **BEWAHRER DER ERINNERUNG** erzählt die Geschichte von Pepi Andersch, der als Kind den Verlust

seines Vaters durch die Nationalsozialisten erlebte. Die Dokumentation beleuchtet seine Kindheit unter dem Hakenkreuz und sein Engagement beim Aufbau des Archivs des KZ-Verbands. Pepi Andersch stößt beim Durchforsten alter Unterlagen auf seine eigene Beitrittserklärung aus dem Jahr 1948. Dieser Fund wird zum Auslöser einer zutiefst persönlichen Reise in die Vergangenheit: Pepi beginnt zu erzählen, von seiner Kindheit im Schatten des Hakenkreuzes, der Hinrichtung seines Vaters, eines kommunistischen Widerstandskämpfers und der Solidarität in schweren Momenten. Ein Film über Erinnerung und das Weitertragen von Geschichte. Anschließende Diskussion mit Pepi Andersch, Friedl Garscha, Birgit Hebein - Moderation Tanja Malle. Politischer Widerstand, damals wie heute. In Kooperation mit dem Metro Kinokulturhaus und dem KZ-Verband / Archiv gegen das Vergessen. 1010 Johannesg.4, Kartenreservierung ab 1. Juni 2025 unter: [reservierung@filmarchiv.at](mailto:reservierung@filmarchiv.at)

### **Montag, 16.6.**

AUGE/UG, 16,30, Politische Mittel für die Durchsetzung unserer Interessen. **Betriebliche Arbeitskämpfe als politische Mittel** zur Interessendurchsetzung: Was sind Arbeitskämpfe, welche rechtlichen Voraussetzungen und welche Strategien gibt es? Welche Risiken gibt es – aber was gibt es auch zu gewinnen? Vortragende: Pamela Hölzlzimmer, Heinz Dürr, 1040 Belvedereg.10, Anmeldung unter: [wien.auge.or.at/basislehrgang-2025](http://wien.auge.or.at/basislehrgang-2025)

### **Dienstag, 17.6.**

Graz, Univ. Resowi, SZ 15.22, Bauteil G, 2. Stock, 18h, Werner Wintersteiner: "MEHR SICHERHEIT OHNE WAFFEN". Zur Aktualität von Hans Thirring's Friedensplan. Universitätsstr. 15, 8010 Graz

### **Mittwoch, 18.6.**

DONNERSTAGSTREFFEN AM MITTWOCH! Das nächste Donnerstagsstreffen findet am 18.6.2025 im Käuzchen 1070 Ecke Neustiftgasse/Gardegasse ab 19Uhr statt. Da der dritte Donnerstag im Monat im Juni auf einen Feiertag fällt, wurde beim gestrigen Treffen beschlossen, dass wir uns im Juni am Mittwoch

vor dem Feiertag treffen.

**Donnerstag, 19.6.**

WUK, bis Samstag, 21.6.: Attac wird 25 und das wollen wir feiern – MIT DIR! Ein, zwei oder drei Tage lang! Auf dem Attac-Festival werden wir auf die vergangenen 25 Jahre zurückblicken, daraus für die Gegenwart lernen und einen Blick in die Zukunft unserer Bewegung wagen. Beginn am Donnerstag um 13 Uhr, an den nächsten beiden Tagen Workshops ab 10 Uhr. 1090 Währinger Straße 59

**Freitag, 20.6.**

MUSEUMSTOUR TRILOGIE: Ab 16 Uhr, Unteres Belvedere, FRAUEN UND KUNST - RADIKAL! – Künstlerinnen\* und Moderne. Museumstouren des Aktionsradius Wien mit Schwerpunkt "Frauen und Kunst". Begrenzte Plätze! Anmeldung erforderlich unter office@aktionsradius.at. Treffpunkt werden bei der Anmeldung bekannt gegeben. Eintritt, Organisationsbeitrag 15,— Euro

**Sonntag, 22.6.**

POMALI Sommerfest ab 10.30, Musik und Kommu-

nikation am Kirchenvorplatz/1200 Gaußplatz. Alle Jahre wieder laden die Kirche Gaußplatz gemeinsam mit dem Aktionsradius zum POMALI-Sommerfest mit Musikfrühschoppen, Essen etc. ein. Bei Schlechtwetter im Pfarrsaal, Anmeldung nicht erforderlich

**Mittwoch, 25.6.**

Arena, Einlass 18 Uhr, Beginn 19h, **BE A MENSCH. 30 Jahre Integrationshaus** – Großes Open-Air-Konzert in der Arena Wien! Das Integrationshaus feiert sein 30-jähriges Bestehen mit einem unvergesslichen Open-Air-Konzert in der Arena Wien! Dabei gedenken wir auch Willi Reseta-rits, dessen Engagement und Herzblut das Integrationshaus von Beginn an geprägt haben. Sein Einsatz für Menschlichkeit und Musik bleibt unvergessen. 1030 Baumgasse 80, Kartenvorverkauf: Ö-Ticket. Kommt vorbei, feiert mit uns und unterstützt das Integrationshaus bei seiner wichtigen Arbeit!

Cafe Zartl, 18,30, das 1. Wr.Lesetheater mit Beiträgen zum Frieden von Renate Welsh, Christine

Nöstlinger u.a. 1030 Rasumofskyg.7

**Freitag, 27.6.**

Alte Schmiede, 17h, Alfred Pfabigan: **JEDER MORDET, WAS ER LIEBT.** Oscar Wilde und Alfred Douglas. Eine Liebesgeschichte in Zeiten des Verbotes. Gespräch mit Alfred Pfabigan und Walter Famer. 1010 Wien, Schönlaterngasse 9

**Samstag, 28.6.**

Grüne Akademie, ab 11 Uhr: Gedenkfeier in Bretstein, KZ Außenlager von Mauthausen. Heuer gibt es keinen Bus, daher muss die Anreise privat erfolgen. Anmeldung/Infos E-Mail: info@gruene-akademie.at, https://gruene-akademie.at

**Montag, 30.6.**

Bis 3.Juli: Austrian Forum for Peace 2025 "Peace in Crisis: Challenges and Opportunities for a World in Transition" - Konferenz auf Burg Schlaining. Info: https://www.peaceforum.at

**Sonntag, 6.7.**

Graz, Volkshaus, ab 14 Uhr: YUGO FESTA. YUGOMUSIC & YUGO-

FOOD & YUGOFUN bei jedem Wetter, Kinoteka, Kinderprogramm. Ein Fest für Augen und Ohren, für den Gaumen, ein Fest für die Seele: Zum achten Mal veranstaltet die KPÖ in Zusammenarbeit mit Yugo-Künstler:innen ein Fest für alle. Ob Nostalgiker:innen, Quasi-Zeitzeug:innen, Neugierige, Hungerige oder MusikliebhaberInnen – alle sind herzlich willkommen. Lagerg.98a

**VORSICHT: kleingedrucktes**

Die aktuellen Informationen verstehen sich als wöchentliches Diskussions-, Mitteilungs- und Nachrichtenblatt mit einem Termin- und Veranstaltungskalender. Weiters sollen Ideen und Informationen möglichst vieler Fortschrittlicher Gruppen, Initiativen und Personen weiterverbreitet werden. Jeder Artikel drückt lediglich die Meinung der Unterzeichnenden Autor:innen und Autorinnen aus. Redaktionsmeldungen und technische Informationen können ungezeichnet bleiben. Bedeutung der Kürzel: "akin" bedeu-

tet einen Eigenbericht, "bearb." bezeichnen Artikel, die ohne weitere Recherche übernommen, aber sprachlich bearbeitet wurden, "gek." bezeichnet reine Kürzungen.

Die Redaktion besteht auf ihrer Autonomie und behält sich daher auch das Recht vor, Texte zurückzuweisen, zu kürzen oder zurückzustellen. Faschismen, Sexismen, Rassismen und Totalitarismen werden prinzipiell nicht gedruckt. Texte können aber teilweise oder komplett auch abgelehnt oder zur späteren Veröffentlichung zurückgestellt werden, wenn

sie beleidigend sind, nichts Neues respektive mitteilenswertes enthalten, nicht nur schwer oder nur einem Spezialpublikum verständlich oder rechtlich bedenklich oder überlang sind. Auch wenn durch eine Veröffentlichung ein unzumutbarer Schaden eintreten könnte, den die Redaktion sich zu verantworten außer Stande sieht, kann ein Abdruck unterbleiben. Ablehnungen können in der Akin mitgeteilt und begründet werden. Auf Verlangen einer solchen Begründung wird eine solche obligatorisch abgedruckt. Es liegt an der Redaktion, zu entschei-

den, ob ein Text in eine der oben angeführten Kategorien fällt.

Redaktionsschluss Dienstag 18h. Jahresabonnement (etwa 22 Ausgaben): 70 Euro (bei bfs-Mitgliedern ist die Abogebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten). Ausland: 70 € plus ein Bissel einer Spende; 3 Ausg. gratis zur Probe. Akin per e-Mail (als reiner Text oder pdf oder beides): für Papierabon. gratis, ansonsten 30 Euro. Auf eurem Adressenetikett steht in der obersten Zeile der Ablauf eures bezahlten Abos (z.B.23/12 = Dezember 2023).

**IMPRESSUM:** Medieninhaberin (verlegerin), Herausgeberin und Herstellerin: Bewegung für Sozialismus (föj), Belvedereg. 10, 1040 Wien. Nachdruck unter Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erbeten. Reproduktionen im Internet bitte unter Angabe unserer Webadresse oder des Deeplinks sowie Benachrichtigung per Mail. DVR-Nummer: 0557 021.

**postadresse:** Lobenhauerng.35/2, 1170 Wien. **redaktionsadresse:** Dreyhausenstraße 3, Kellerlokal, 1140 Wien. Telefon zu redaktionszeiten 0665 / 65 20 70 92, ansonsten 01 / 53 56 200 - mail akin.redaktion@gmx.at - archivhomepage https://akinmagazin.at - blog https://akinmagazin.wordpress.com - https://www.facebook.com/akin.magazin - twitter @akinmagazin - radio-podcast https://cba.fro.at/series/akin

**Konto:** bank austria, lautend auf: föj — Bewegung für Sozialismus, IBAN AT04 12000 223 102 976 00, BIC: BKAUATWW